

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Sonderteil: Coronavirus

- Solidarität in Europa 2
- SURE – Europäische Solidarität zum Anfassen 3
- EU stellt sich gegen Desinformationen 4
- Von der Leyen mahnt zur Einhaltung Europäischer Grundwerte 5
- Kommission stockt Mittel für Rückholflüge und rescEU-Vorrat auf 6
- Grenzkontrollen in Europa 7

#### Sonstiges

- Urteil des EuGH: Ungarn, Polen und Tschechien hätten 2015 Asylsuchende aufnehmen müssen 8
- Österreicher zum EU-Generaldirektor für Landwirtschaft ernannt 9
- Konsultation zum Klimaziel 2030 und Bürgerinitiative für „Bienen und Bauern“ 9
- Physiker der Universität Innsbruck erhält Advanced Grant 10
- Neue Regelung für Energieeffizienz von Netzteilen 10

Laufende Konsultationen	11
Tagesordnungen der Institutionen	12
Impressum	12

Gemeinsatme Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Sonderteil: Coronavirus

## Solidarität in Europa

Solidarität in Europa ist zurzeit wichtiger denn je. Die Corona-Krise stellt nicht nur für das Gesundheitssystem, sondern auch für die Wirtschaft eine enorme Herausforderung dar. Nur gemeinsam können die einzelnen Mitgliedsstaaten Lösungen finden, um kranken Menschen zu helfen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen sowie Unternehmen zu retten und Arbeitsplätze zu sichern. Bereits vergangene Woche hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gefordert: „In dieser Krise und in unserer Union im Allgemeinen können wir uns nur helfen, wenn wir uns gegenseitig helfen.“ Nachdem anfänglich viele Mitgliedsstaaten separate Wege gingen, ziehen mittlerweile die Länder, dank der Koordination der Europäischen Union, an einem Strang.

Die Solidarität ist in der gesamten Union ersichtlich: Beispielsweise nahm Deutschland schwerkranke PatientInnen aus Frankreich und Italien auf Intensivstationen auf. Aus Frankreich wurden über 1 Millionen Schutzmasken nach Italien geliefert und auch Österreich hat PatientInnen aus Südtirol in Krankenhäusern in Tirol aufgenommen. Darüber hinaus lieferte das Land 1,5 Millionen Schutzmasken nach Italien. (Mehr über die europäische Solidarität erfahren Sie in diesem [Factsheet](#).)

Neben den Bemühungen der einzelnen Staaten unternimmt die EU enorme Anstrengungen, um der Krise Herr zu werden:

Den Mitgliedsstaaten wurde die nötige Flexibilität geboten, um ihre Gesundheitssysteme, ihre Wirtschaft und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mer finanziell zu unterstützen. Die Europäische Zentralbank stellte 750 Mrd. EUR zur Verfügung, um die Staatsverschuldung während der Krise abzubauen. Weitere 37 Mrd. Euro steuerte die EU aus den Struktur-Fonds bei. Ergänzt wurden diese zuletzt durch 100 Mrd. Euro, die in Form der Initiative SURE zur Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt wurden. Zudem wurden Maßnahmen ergriffen, um die Beschaffung medizinischer Ausrüstung zu koordinieren, zu beschleunigen und zu verstärken. Für Forschungsmittel zur Entwicklung eines Impfstoffs und zur Behandlung von PatientInnen wurden enorme Geldmittel bereitgestellt. Zudem sorgte die EU dafür, dass der freie Warenverkehr weiter funktioniert, dass Grenz-PendlerInnen zur Arbeit gehen können, dass Krankenhäuser weiter funktionieren, dass Fabriken produzieren können und dass die Lebensmittelversorgung gesichert ist. Zu guter Letzt wurde die Rückholung von EU-BürgerInnen aus der ganzen Welt nach Europa organisiert und finanziert.

Die bereits getroffenen Maßnahmen werden täglich ergänzt und erweitert, um Europa durch die Krise zu bringen.

Wie bereits in den vergangenen Wochen, werden wir auch diese Woche in unserem Newsletter *Tirol in Europa* verschiedene Maßnahmen der Europäischen Union bezüglich des Coronavirus vorstellen.

Zudem finden Sie alle Maßnahmen der EU gebündelt auf der [Website der Europäischen Kommission](#).



# Sonderteil: Coronavirus

## SURE – Europäische Solidarität zum Anfassen

**Die Europäische Kommission schlägt ein 100 Mrd. Euro schweres Solidaritätsinstrument namens SURE vor, mit dessen Hilfe Arbeitskräfte ihr Einkommen behalten und Unternehmen die Krise überstehen sollen.**

Die Corona-Krise stellt eine enorme Belastung für die Wirtschaft der Europäischen Union dar. Unternehmen stehen vor dem Konkurs und unzählige Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze. In vielen EU-Mitgliedsstaaten erreichte die Arbeitslosenquote ihren höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Wirtschaftliche Auswirkungen – auch auf die Zeit nach Corona – sind nicht abschätzbar.

Die EU hat bisher große Anstrengungen unternommen, um die Mitgliedsstaaten und Menschen zu unterstützen und Existenzgrundlagen zu sichern. Nun sollen weitere 100 Mrd. Euro für den Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Unternehmen bereitgestellt werden:

Die Initiative SURE (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) stützt sich auf die Kurzarbeitsregelungen, die in den EU-Mitgliedsstaaten eingeführt wurden und den Unternehmen die Möglichkeit bieten, Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren oder ganz auszusetzen, wobei die nicht geleisteten Arbeitsstunden vom Staat bezahlt werden. Als Unterstützung dieser Regelungen werden mittels SURE Darlehen zu günstigen Bedingungen im Umfang von bis zu 100 Mrd. Euro für Länder bereitgestellt, die Mittel zur finanziellen Unterstützung von Arbeitskräften und zur Verhinderung von Entlassungen benötigen. Alle 27 Mitgliedsstaaten können eine solche Unterstützung durch SURE beantragen, doch sollen

vor allem besonders stark betroffenen Länder von den Darlehen Gebrauch machen können.

Mehr Informationen zu SURE finden Sie [hier](#).

Zusätzlich möchte die Union alle verfügbaren ungebundenen Strukturfonds-Mittel so umschichten, dass sie ausschließlich auf die Bewältigung der Corona-Krise ausgerichtet sind. Ebenfalls intensiv unterstützt werden, sollen die am stärksten benachteiligten Personen sowie die Landwirtschaft und Fischerei. Diese Maßnahmen werden aus dem derzeitigen EU-Haushalt finanziert, der zur Gänze verwendet werden soll.

Zu den am 2. April angenommenen Vorschlägen sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen:

*„Zur Bewältigung der Coronavirus-Krise müssen wir wirklich alles in die Waagschale legen. Wir müssen alle unsere Instrumente nutzen. Wir werden jeden im EU-Haushalt verfügbaren Euro umwidmen, und wir werden alle Regeln lockern, damit die Mittel rasch und wirksam fließen können. Mit dem neuen Solidaritätsinstrument werden wir 100 Mrd. EUR mobilisieren, damit die Menschen in Beschäftigung bleiben und die Unternehmen die Krise überstehen. So bündeln wir unsere Kräfte mit den Mitgliedstaaten, um Leben zu retten und Existenzgrundlagen zu sichern. Das ist echte europäische Solidarität.“*

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Sonderteil: Coronavirus

## EU stellt sich gegen Desinformationen

**Im Kampf gegen Desinformationen im Internet steht die Europäische Union im engen Austausch mit diversen Plattformen. Zusätzlich wurde eine eigene Website mit Faktenchecks eingerichtet.**

Die Europäische Union setzt nicht nur Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus und wirtschaftliche Folgen der Krise, auch gegen im Internet kursierende Desinformationen wird vorgegangen. Denn „Fake News“ rund um das Coronavirus sind mittlerweile überall zu finden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meinte diesbezüglich sogar, Falschinformationen breiteten sich „schneller aus als das Virus selbst“. Ziel der Menschen, die diese Fehlmeldungen gezielt verstreuen, ist es einerseits Profit zu machen und andererseits auch die Europäische Union politisch zu unterwandern. Dabei sind nicht nur Einzelpersonen am Werk, sondern auch staatliche Akteure, die den US-„alternativen Rechten“, China oder Russland nahestehen und die Krise ausnutzen, um geopolitische Interessen voranzutreiben, indem häufig die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union und ihrer Partner in Frage gestellt wird. Aufgezeigt wird dies in einem neuen [Kurzbericht der EUvsDisinfo](#) des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der kürzlich veröffentlicht wurde.

Diese Falschmeldungen sind extrem gefährlich: Desinformationen verängstigen die Bevölkerung und machen es schwer, zwischen Expertenwissen und ungeprüften Behauptungen zu unterscheiden. Schlussendlich sorgen „Fake News“ auch für ein verfälschtes Bild der Europäischen Union und erzeugen Zweifel und falsche Annahmen über getroffene Maßnahmen.

Um den Desinformationen rund um die Corona-Pandemie entgegenzuwirken, hat die EU nun eine eigene [Website mit Faktenchecks](#) eingerichtet. Diese liefert auch sachliche und zuverlässige Informationen

über die Reaktion Europas auf das Coronavirus. Zudem beriet die Vizepräsidentin der EU-Kommission Vera Jourová mit VertreterInnen von Plattformen wie Google, Facebook, Twitter und Microsoft über die Ausbreitung von Desinformationen und Wege zur Eindämmung. Vizepräsidentin Jourová begrüßte die von den Plattformen ergriffenen Maßnahmen, rief aber zu weiteren Anstrengungen auf: *„Ich unterstütze den Ansatz, der den Zugang zu verlässlichen Quellen fördert und gleichzeitig gegen schädliche Inhalte und ausbeuterische oder irreführende Werbung vorgeht. Aber es muss noch mehr getan werden, sowohl von den Plattformen als auch von den Behörden.“*

Schlussendlich kann auch jede\*r Einzelne gegen die Verbreitung von Desinformationen vorgehen: Teilen Sie auf Social-Media-Plattformen nur Inhalte, deren Informationsquelle Sie prüfen können, hinterfragen Sie kritisch hochemotionale oder kontroverse Posts und melden Sie entlarvte „Fake News“. Als Unterstützung hat das Europäische Parlament zum Erkennen von Falschmeldungen eigens einen [Leitfaden für Faktenchecks](#) veröffentlicht.

Neben der Verbreitung von Desinformationen ist auch ein Anstieg der Cyberkriminalität zu verzeichnen. Immer mehr Kriminelle versuchen, die Ängste der Menschen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Zu den gängigen Betrugspraktiken zählen die Installation von Schadsoftware oder das Versenden von Phishing-Mails, um Daten zu stehlen und auf Geräte zuzugreifen. Auf dieser [Website der EU-Parlaments](#) finden Sie nützliche Tipps, um sich gegen Cyberkriminalität zu schützen.



# Sonderteil: Coronavirus

## Von der Leyen mahnt zur Einhaltung Europäischer Grundwerte

In einem Pressestatement mahnt die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angesichts der Notfallmaßnahmen einiger Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der Europäischen Grundwerte wie Demokratie und Menschenrechte.

Auf Grund der Corona-Krise setzten viele Mitgliedsstaaten der europäischen Union einzeln Notfallmaßnahmen um. Diese reichten von Grenzsicherungen über Ausgangsbeschränkungen bis hin zur Sondervollmacht für Präsident Viktor Orban in Ungarn, welche defacto das Parlament des Landes aushebelt. In einem Pressestatement bezog sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf diesen Notmaßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten und mahnte zur Einhaltung der europäischen Grundwerte: *„Die Europäische Union basiert auf den Werten Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Diese Werte sind uns allen gemeinsam. Wir müssen sie auch in diesen herausfordernden Zeiten aufrechterhalten und verteidigen. Es ist von größter Bedeutung, dass Sofortmaßnahmen nicht auf Kosten unserer in den Verträgen festgelegten Grundprinzipien und Werte gehen.“*

Bezüglich möglicher Einschränkungen der Pressefreiheit betonte sie weiter: *„Es ist jetzt wichtiger denn je, dass Journalisten ihre Arbeit frei und präzise ausüben können, um Desinformationen entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass unsere Bürger Zugang zu wichtigen Informationen haben.“*



Ferner meinte von der Leyen, dass Sofortmaßnahmen auf das Notwendige beschränkt werden sollten und stets verhältnismäßig sein müssen. Zudem dürfen sie nicht unbegrenzt lange dauern. Die Kommission werde die Mitgliedsstaaten genau überwachen, poche aber auch auf verstärkte Solidarität und Zusammenarbeit: *„Wir alle müssen zusammenarbeiten, um diese Krise zu meistern. Auf diesem Weg werden wir unsere europäischen Werte und Menschenrechte wahren. Dies ist, wer wir sind, und dafür stehen wir.“*

Das gesamte Statement finden Sie [hier](#).



# Sonderteil: Coronavirus

## Kommission stockt Mittel für Rückholflüge und rescEU-Vorrat auf

**Die Mittel zur Rückholung von EU-BürgerInnen sowie für die Bevorratung medizinischer Ausrüstung im Rahmen von rescEU soll mit 75 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt aufgestockt werden.**

Weiterhin stecken viele EU-BürgerInnen in fremden Staaten fest und können aufgrund geschlossener Grenzen nicht von allein in ihre Heimat zurückkehren. Organisiert durch das Katastrophenschutzverfahren und kofinanziert von der EU, konnten jedoch seit Ausbruch der Krise 4.384 Menschen aus Ländern wie China, Japan, Marokko, Georgien und den Philippinen nach Europa zurückgefliegen werden. Über 100 weitere Flüge sind zudem geplant (Wir berichteten über die Rückholung von 450 ÖsterreicherInnen aus Marokko im [NL 11-20](#))

Darüber hinaus bietet das EU-Katastrophenschutzverfahren durch die Initiative rescEU einer Reservekapazität für Notfälle. Neben Hubschraubern und Löschflugzeugen für Waldbrände beinhaltet die Reserve auch eine große Menge an medizinischen Utensilien wie Schutzanzügen, Masken und Handschuhen. (Bereits im [NL 10-20](#) berichteten wir ausführlich über den EU-Katastrophenschutz).

Die Kommission legte nun einen Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans vor, mithilfe dessen finanzielle Mittel für diese Maßnahmen sichergestellt werden sollen. Dadurch soll noch mehr Geld für Rückholungsflüge und der Anschaffung von Schutzausrüstungen zur Verfügung stehen.

Neben den Geldern für die Rückholung von EU-Bürgern aus Drittstaaten und der Reservekapazität von rescEU ist unter anderem auch geplant, 350 Mio. Euro als finanziellen Beistand für Griechenland für das Migrationsmanagement zur Verfügung zu stellen.

Das Europäische Parlament und der Rat werden nun ersucht, die Haushaltsänderungen so schnell wie möglich zu billigen, um sicherzustellen, dass die Mittel rasch dort verfügbar sind, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



*„Die heutige Maßnahme ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der EU-Haushalt Mehrwert schaffen kann, wenn und wo er am nötigsten gebraucht wird. Sie veranschaulicht ferner aufs Vortrefflichste die Solidarität und Zusammenarbeit in Europa.“*

*- Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung*



# Sonderteil: Coronavirus

## Grenzkontrollen in Europa

**Die EU-Kommission hat neue praktische Leitlinien für Grenzkontrollen vorgestellt, mithilfe derer sichergestellt werden soll, dass Grenz-PendlerInnen mit systemrelevanten Funktionen die Binnengrenzen passieren können. Währenddessen schätzt die EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean, dass die Grenzkontrollen der Mitgliedsstaaten noch erweitert werden.**

Auf Grund der Corona-Krise wurden im eigentlich kontrollfreien Schengenraum Grenzkontrolle eingeführt. Bereits mehr als die Hälfte der 26 Schengen-Staaten haben solche Maßnahmen durchgesetzt, um ihre BürgerInnen zu schützen. Dies birgt nicht nur Probleme für den Handel – viele LKW stecken in kilometerlangen Grenzstaus fest – sondern erschwert auch den Arbeitsweg für GrenzpendlerInnen.

Mithilfe von neuen praktischen Leitlinien – welche von der EU-Kommission vorgelegt wurden – wird sichergestellt, dass PendlerInnen in der EU – insbesondere jene, die in systemrelevanten Funktionen gegen die Coronavirus-Pandemie kämpfen – an ihren Arbeitsplatz gelangen können. Dazu fordert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, spezielle unaufwändige Schnellverfahren einzuführen, damit ein reibungsloser Grenzübertritt für diese GrenzgängerInnen gewährleistet wird. Zuden Berufsgruppen gehören unter anderem Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, Betreuungspersonal für Kinder und ältere Menschen, WissenschaftlerInnen im Gesundheitssektor, mit der Installation lebenswichtiger Medizinprodukte betraute TechnikerInnen, Berufsfeuerwehrleute und PolizistInnen, Arbeitskräfte im Verkehrssektor sowie Menschen, die in der Lebensmittelbranche tätig sind. Auch Saisonarbeitskräfte – vor allem im landwirtschaftlichen Bereich –

werden in den Leitlinien hervorgehoben. Schließlich sind sie relevante Arbeitskräfte zur Deckung der Grundversorgung.

Des Weiteren spricht sich die Kommission in ihren Leitlinien dafür aus, dass PendlerInnen aus allen Berufsgruppen, deren Beschäftigung in dem betreffenden Bereich im Aufnahmemitgliedstaat weiterhin erlaubt ist, die EU-Binnengrenzen frei überqueren dürfen.

Gleichzeitig dürften jedoch die Grenzkontrollen der Mitgliedsstaaten nach Einschätzungen der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean noch erweitert werden: *„Ich denke, es ist nur eine Frage der Zeit bis alle Staaten Grenzkontrollen einführen, ob wir das nun mögen oder nicht.“* Daher appelliert die Kommissarin an die Mitgliedsstaaten, möglichst viel Flexibilität zu bewahren. Es sei momentan nicht wichtig, ob eine Genehmigung oder ein Dokument abgelaufen sei oder nicht. Es müsse vermieden werden, dass Lastwagen sowohl bei der Aus- als auch der Einreise kontrolliert würden. Die EU-Kommission hat vor allem die Sorge, der gemeinsame Binnenmarkt könnte zusammenbrechen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Sonstiges

## Urteil des EuGH: Ungarn, Polen und Tschechien hätten 2015 Asylsuchende aufnehmen müssen

**Gemäß dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) am 2. April 2020 haben Polen, Ungarn und die Tschechische Republik 2015 gegen das Unionsrecht verstoßen, als sie sich weigerten, den „vorübergehenden Mechanismus zur Umsiedlung von internationalen Schutz beantragenden Personen“ umzusetzen.**

In Anbetracht der vielen Flüchtlinge, die sich in Italien und Griechenland aufhielten, hatte der Rat der Europäischen Union im September 2015 einen Mehrheitsbeschluss erlassen, wonach 120.000 schutzsuchende Personen aus Griechenland und Italien in die anderen Mitgliedstaaten der Union umgesiedelt werden sollten. Ziel damals war, die beiden Länder zu entlasten und Asylsuchende auf alle Mitgliedsstaaten aufzuteilen. Die drei Mitgliedsstaaten Polen, Ungarn und die Tschechische Republik weigerten sich jedoch, diesen Beschluss umzusetzen und schutzsuchende Personen aufzunehmen. Nach einer Vertragsverletzungsklage der Europäischen Kommission 2017 kam der EuGH am 2. April 2020 zum Schluss, dass Polen, Ungarn und die Tschechische Republik durch dieses Vorgehen gegen EU-Recht verstoßen haben. Zu Sanktionen oder Geldstrafen kam es vorerst nicht. Für diesen Schritt musste die Kommission erneut in Luxemburg Klage einreichen und finanzielle Sanktionen beantragen. Daraufhin könnte der Gerichtshof unter Berücksichtigung der Schwere und der Dauer des Verstoßes sowie der Wirtschaftskraft des Landes eine Strafe berechnen.

Für Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezieht sich das Urteil des EuGH nicht nur auf die

Vergangenheit, sondern stellt auch eine Leitlinie für die Zukunft dar: *„Das Gericht hat sich sehr klar zur Verantwortung der Mitgliedstaaten geäußert. Wir arbeiten nun an der Vorbereitung für den neuen Migrationspakt, den wir nach Ostern vorstellen werden. Wir setzen gerade die letzten Puzzlesteine zusammen.“*

Ein neuer Migrationspakt wird vor allem angesichts der derzeitigen Situation in Griechenland dringend benötigt. In einer Online-Debatte am 2. April diskutierten darüber EU-Abgeordnete des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Gelobt wurde die Verpflichtung, 1600 unbegleitete Minderjährige von den griechischen Inseln in andere EU-Länder zu verlegen. Bezüglich eines möglichen COVID-19 Ausbruches in den überfüllten Hotspots auf den Inseln – auf denen ohnehin schlechte gesundheitliche Bedingungen herrschen – zeigte man sich besorgt. Uneinigkeit bestand jedoch darüber, ob die Flüchtlinge in Hotels auf dem Festland umgesiedelt werden sollten.

Die Debatte können Sie [hier](#) sehen.

Die Pressemitteilung des EuGH bezüglich des Urteils finden Sie [hier](#).





## Sonstiges

### Österreicher zum EU-Generaldirektor für Landwirtschaft ernannt

**Der Vorarlberger Wolfgang Burtscher wurde zum neunten Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Union ernannt.**

Nach seiner Zeit an der Universität Innsbruck und als Rechtsberater in der EFTA arbeitete Wolfgang Burtscher als Leiter der Abteilung für Europaangelegenheiten im Amt der Vorarlberger Landesregierung. Im Jahr 1996 wurde er zum gemeinsamen Vertreter der österreichischen Länder in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union bestellt. Seit dem Jahr 2000 arbeitete Burtscher in der Europäischen Kommission. Anfangs als Direktor der Generaldirektion Landwirtschaft, wechselte er 2009 als stellvertretender Generaldirektor in die Generaldirektion Forschung und Innovation, wo er für eine Vielzahl von Fragen der Forschungs- und Innovationspolitik – unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft, Er-



nährung und Gesundheit – verantwortlich war. Seit 1. April 2020 ist Wolfgang Burtscher Generaldirektor der wichtigen Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

### Konsultation zum Klimaziel 2030 und

**Seit dem 31. März können Meinungen und Vorschläge bezüglich des EU-Klimazieles 2030 online eingereicht werden.**

Trotz der derzeitigen Corona-Pandemie und der Verschiebung, der für November dieses Jahres geplante Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow auf 2021, hat die Europäische Kommission nicht auf ihre politische Priorität, den Green Deal, vergessen. Daher startet die Kommission eine öffentliche Online-Konsultation zur Erhöhung des Klimaziels der EU für 2030 und zu den Maßnahmen, die erforderlich sind, um Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen zu erzielen. Insgesamt sollen die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 55 Prozent verringert werden. Diese Vorgaben sollen alle Handlungen der Kommission beeinflussen und auch in das kürzlich vorgelegte europäische Klimagesetz aufgenommen werden. Die Online-Konsultation ist vom 31. März bis 23. Juni 2020 für 12 Wochen geöffnet und [hier](#) zu finden. Weitere Online-Konsultationen finden Sie wie gewohnt am [Ende des Newsletters](#).

Des Weiteren bittet die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ um Unterschriften. Kernziel der Initiative ist eine europäische Landwirtschaft, die den Bedürfnissen der Umwelt und der Menschen gleichermaßen gerecht wird. Um die Bienen und die Gesundheit der Menschen zu schützen, fordert die Initiative von der EU-Kommission den Einsatz synthetischer Pestizide bis 2035 schrittweise zu beenden und die LandwirtInnen bei der Umstellung zu unterstützen. Die Bürgerinitiative benötigt mindestens eine Millionen Unterschriften damit die EU-Kommission und das EU-Parlament verpflichtet sind, sich mit den Forderungen der Initiative auseinanderzusetzen.

Mehr über die Initiative sowie die Möglichkeit zur Teilnahme finden Sie auf der [offiziellen Website](#).



# Sonstiges

## Physiker der Universität Innsbruck erhält Advanced Grant

**Am Dienstag, den 31. März, wurden die GewinnerInnen des jährlichen Advanced Grants-Wettbewerbs des Europäischen Forschungsrats (ERC) bekannt gegeben. Auch ein Forscher der Universität Innsbruck gewann Fördermittel.**

185 ForscherInnen konnten sich mit ihren Projektideen durchsetzen und erhalten im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 insgesamt 450 Mio. EUR, mit denen sie bahnbrechende Forschung betreiben können. Neben der Stärkung der europäischen Wissensbasis sollen durch die neuen Forschungsprojekte rund 1.800 neue Arbeitsplätze für PostdoktorandInnen, DoktorandInnenen und andere ForschungsmitarbeiterInnen geschaffen werden.

Fünf österreichische Projekte konnten sich in dem großen Kreis von BewerberInnen durchsetzen. Einer der GewinnerInnen ist der deutsche Ionenphysiker Roland Wester, der an der Universität Innsbruck an den Grundlagen der Molekülphysik forscht. Mithilfe

eines einzigartigen Experiments gelang es Wester, tiefen Einblick in die atomare Abfolge von chemischen Reaktionen zu werfen. Durch das Fördergeld in Höhe von 2,5 Millionen Euro kann der Physiker nun gemeinsam mit seinem Team noch genauere Experimente anlegen und neue Erkenntnisse im Bereich der Quantenmechanik in Ionen-Molekül-Reaktionen erlangen.

Auch nächstes Jahr werden wieder PreisträgerInnen aus allen Mitgliedsstaaten gekürt. Bewerbungen können vom 14. Mai bis 26. August eingereicht werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

## Neue Regelung für Energieeffizienz von Netzteilen

**Seit 1. April gilt eine neue EU-Regel für die Energieeffizienz externer Netzteile, die Haushaltsgeräte wie Laptops, Smartphones und elektrische Zahnbürsten mit Strom versorgen.**

Durchschnittlich werden in Europa in jedem Haushalt mindestens zehn Netzteile verwendet. Über 2 Milliarden Stück sind EU-weit im Umlauf. Um die KonsumentInnen dabei zu unterstützen, Strom zu sparen und die Emissionen und damit auch ihre Haushaltskosten zu senken, wurden neue EU-Regeln erlassen. Sie gleichen die Energieeffizienz an die weltweit höchsten Standards an und sollen bis 2030 zu Stromeinsparungen von über 4 Terrawattstunden

pro Jahr führen. Zur Einordnung: Mit dieser Leistung könnte beispielsweise ganz Lettland einen Monat lang mit Strom versorgt werden. Zusätzlich werden durch die höhere Effizienz 1,4 Millionen Tonnen Co2 jährlich eingespart. Die Regelung gilt für alle neu auf den Markt kommenden Produkte.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Öffentliche Konsultationen ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## Klimazielplan 2030

Klimaschutz

31. März 2020 - 23. Juni 2020

## Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen

Beschäftigung und Soziales

31. März 2020 - 23. Juni 2020

## Zollabkommen EU-China

Zoll, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

24. März 2020 - 16. Juni 2020

## Galileo-Satellitensystem – Nutzung für kritische Infrastruktur (Telekommunikation, Energie, Finanzen)

Binnenmarkt

23. März 2020 - 15. Juni 2020

## EU-Tierschutzstrategie (2012-15) - Bewertung

Lebensmittelsicherheit

23. März 2020 - 15. Juni 2020

## Handel – Zollpräferenzschema der EU für Entwicklungsländer (Aktualisierung)

Handel

11. März 2020 - 3. Juni 2020

## Geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle – Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern

Beschäftigung und Soziales

5. März 2020 - 28. Mai 2020

## Europäischer Klimapakt

Klimaschutz

4. März 2020 - 27. Mai 2020

## Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 25. Mai 2020

## Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen (Aktualisierung der Rechtsvorschriften)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 14. Mai 2020

## Menschenrechte – Überprüfung der EU-Anti-Folter-Verordnung (2016-20)

Außen- und Sicherheitspolitik, Handel

19. Februar 2020 - 13. Mai 2020

## Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz - Ein europäischer Ansatz

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

## Europäische Strategie für Daten

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. Februar 2020 - 31. Mai 2020

## Überprüfung des Rechtsrahmens für Wertpapierfirmen und Marktteilnehmer

Bank- und Finanzdienstleistung

17. Februar 2020 - 20. April 2020

## Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch

Steuern

10. Februar 2020 - 6. April 2020

## Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 7. Mai 2020

## Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pözl, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

#### S. 5

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president\\_de](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president_de)

#### S. 6

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/hahn\\_de](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/hahn_de)

#### S. 9

[https://ec.europa.eu/info/persons/deputy-director-general-wolfgang-burtscher\\_de](https://ec.europa.eu/info/persons/deputy-director-general-wolfgang-burtscher_de)